

Apothekerverband kritisiert neue Testverordnung

Die meisten Menschen verlieren den Anspruch auf kostenfreie Bürgertestungen

Stuttgart, den 24. Juni 2022 – Das veränderte Konzept für die bislang kostenfreien Bürgertests, das heute durch Gesundheitsminister Karl Lauterbach vorgestellt wurde, wird vom Landesapothekerverband scharf kritisiert. Verbandspräsidentin Tatjana Zambo erklärt: „Die große Masse derer, die sich schnell und ohne viel Aufwand die Frage beantworten wollen, ob sie Corona-positiv oder negativ sind, wird ab Juli dafür bezahlen müssen. Es steht zu befürchten, dass sich viele Menschen angesichts der ohnehin durch hohe Energie- und Lebensmittelpreise belasteten Geldbörsen gar nicht mehr testen lassen. Mit dieser Entscheidung verabschiedet sich der Bund de facto aus der bislang erfolgreichen Teststrategie und vernichtet das gut etablierte und wirkungsvolle Kontrollsystem zur Früherkennung des Infektionsgeschehens.“

Die novellierte Corona-Testverordnung schafft ab Juli die kostenfreien Bürgertestungen nahezu vollständig ab. Nur definierte vulnerabler Personengruppen, wie Kinder bis zum 5. Lebensjahr oder Frauen zu Beginn der Schwangerschaft, haben noch einen Anspruch auf für sie kostenfreie Testungen. Für diese Tests tritt weiterhin der Staat ein. Einige wenige weitere Personengruppen, darunter die Menschen, die in der Corona-Warn-App ein erhöhtes Risiko angezeigt bekommen, haben ebenfalls einen Anspruch, müssen aber zukünftig eine Eigenbeteiligung von 3 Euro leisten und tragen damit knapp ein Drittel der ebenfalls durch die Verordnung abgesenkten Erstattungssätze für die testenden Einrichtungen. Ihnen werden die Materialkosten für die Testsets um knapp 30 Prozent gesenkt, der Honoraranteil für das Testen wird von 8 auf 7 Euro gekürzt. Gleichzeitig wird den testenden Einrichtungen auch noch die Kontrollaufgabe zugewiesen, die anspruchsberechtigten Gruppen von den Gruppen mit Eigenbeteiligung und den Voll-Zahlern zu unterscheiden.

Für Verbandspräsidentin Zambo ist klar: „Mit zum Teil riesigem Aufwand haben sich die Apotheken in den Bürgertestungen engagiert – und zwar mit voller Überzeugung.

Und jetzt? In einer testenden Apotheke wird die Nachfrage deutlich sinken. Gleichzeitig müssen jede Menge zusätzliche Kontroll- und Dokumentationsaufgaben geleistet werden, um die Berechtigten von den Nicht-Berechtigten, die Selbstzahler von den Eigenbeteiligungszahlern und den Nicht-Zahlern zu unterscheiden. Dafür gibt es gleichzeitig weniger Geld. Wie sich diese neue Testverordnung auswirken wird, kann sich jeder selbst leicht ausrechnen!“

Insgesamt bedauert die Präsidentin des Landesapothekerverbands Baden-Württemberg die Entscheidung des Bundes: „Aus Sicht des Infektionsschutzes - und das ist die Sicht, die wir Apothekerinnen und Apotheker haben - ist die Entscheidung nicht nachvollziehbar. Das sieht offenbar auch Minister Lauterbach so, der die neuen Regelungen ausdrücklich mit Blick auf die finanziellen Belastungen des Bundes argumentiert hat und nicht mit Blick auf den Infektionsschutz. Um der Pandemie aber wirkungsvoll entgegen zu treten, ist das aber das falsche Signal. Einer Virus-Pandemie kann man nicht fiskalisch entgegentreten.“

Der Landesapothekerverband Baden-Württemberg e. V. setzt sich für die unabhängige Beratung von Patientinnen und Patienten, Gesundheitsprävention und die sichere Abgabe von Arzneimitteln ein. In Baden-Württemberg gibt es rund 2.400 öffentliche Apotheken. Der Verband vertritt die wirtschaftlichen und politischen Interessen seiner Mitglieder. Um das Wohl der Patienten kümmern sich im Land neben den approbierten Apothekerinnen und Apothekern auch rund 15.000 Fachangestellte, überwiegend Frauen, in Voll- oder Teilzeit.

Ihre Interviewwünsche und Rückfragen richten Sie bitte an:

Landesapothekerverband Baden-Württemberg e. V.

Frank Eickmann

T.: 0711 22334-77, F.: -99

<mailto:presse@apotheker.de>

Weitere Informationen unter www.apotheker.de

Jetzt Fan werden: Landesapothekerverband Baden-Württemberg e. V. auf www.facebook.de